

4/SN-212/ME

BUNDESKAMMER DER TIERÄRZTE  
ÖSTERREICH

1010 Wien, Biberstraße 22, Tel.Nr. 512 17 66

Wien, 30. Mai 1989

Zl. 394-23/89

Entwurf eines Bundesgesetzes zur  
Bekämpfung der Infektiösen Bovinen  
Rhinotracheitis und der Infektiösen  
Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV);  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren  
-----

BKA-GZ 79.500.33-VII/10/89 v. 19.4.1989

An das  
Präsidium des Nationalrates  
im ParlamentDr. Karl Renner-Ring 3  
1017 W i e n

|          |               |
|----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl.      | 36 GE'989     |
| Datum:   | 1. JUNI 1989  |
| Verteilt | 26. 89        |

H. Olsch-Karant

Die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs übermittelt  
25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zum o.a. Gesetzes-  
entwurf.

Der Kammeramtsdirektor i.A.:

  
(Dr. Richard ELHENICKY)Beilagen erwähnt  
-----

BUNDESKAMMER DER TIERÄRZTE  
ÖSTERREICH  
1010 Wien, Biberstraße 22, Tel.Nr. 512 17 66

Wien, 30. Mai 1989

Zl. 394-23/89  
Entwurf eines Bundesgesetzes zur  
Bekämpfung der Infektiösen Bovinen  
Rhinotracheitis und der Infektiösen  
Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV);  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren  
Ihre GZ 79.500/33-VII/10/89 v.19.4.1989  
-----

An das  
Bundeskanzleramt  
Sektion VII

Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

Die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs nimmt zum o.a.  
Gesetzesentwurf Stellung wie folgt:

Grundsätzlich wird der Gesetzesentwurf begrüßt; im einzelnen  
ist jedoch folgendes anzumerken:

Zu § 6:

-----  
Die Definition des Inverkehrsetzens sollte neu ausformu-  
liert werden, da sie in Verbindung mit § 13 Abs. 2 bedeuten  
würde, daß Tierhalter, die ein Rind zum Decken zum Stier  
bringen, ein amtliches Zeugnis auf Freiheit von IBR/IPV bei  
der Veterinärbehörde besorgen müssen. Der Bundeskammer  
scheint es wenig realistisch zu sein, ein derartiges Ver-  
halten von den Tierhaltern zu erwarten.  
Dasselbe gilt sinngemäß auch für die Beschickung von Ge-  
meinschaftsweiden; hier müßte ein Sammelweidezeugnis aus-  
reichend sein.

Zu § 15 Abs. 2:

-----  
Gemäß den Erläuterungen zu dieser Bestimmung sollten die  
periodischen Untersuchungen auf IBR/IPV mit den Unter-  
suchungen auf Abortus-Bang und Rinderleukose gekoppelt  
werden; dem Gesetzestext kann diese Forderung jedoch  
nirgends entnommen werden. Zur Sicherstellung einer ein-  
heitlichen Vorgangsweise sollte eine entsprechende Formu-  
lierung aufgenommen werden.

Zu § 19 Abs. 5:

-----  
Eine zweimalige Lochung eines IBR/IPV-Reagenten im linken Ohr zur Kennzeichnung ist unnötig. Eine einmalige Lochung ist nach Auffassung der Bundeskammer ausreichend; eine zweite Lochung stellt lediglich eine unnötige Qual für die Tiere dar und ist vom Standpunkt des Tierschutzes strikt abzulehnen.

Zu § 20 Z.9:

-----  
Wenn in einem Rinderbestand auch nur ein Rind positiv ist, wäre ein Embryotransfer bzw. die Gewinnung von Embryonen für andere Bestände über einige Monate hinweg unmöglich gemacht. Es stellt sich die Frage, ob diese Bestimmung auch tatsächlich dem neuesten Stand der Wissenschaft entspricht und ob eine Übertragung von IBR/IPV durch Embryonen überhaupt möglich ist.

Zu § 26 Abs. 2 und 3:

-----  
Es muß vom Gesetzgeber nach Auffassung der Bundeskammer auch dafür Sorge getragen werden, daß die Einhebung der Laborkosten durch die Bundesanstalten erfolgt, da sonst der Fall eintritt, daß die Untersuchungstierärzte einen höheren Betrag für die Bundesanstalten einheben müssen, als ihr tatsächliches Entgelt beträgt. Überdies werden die Tierärzte hier wiederum mit Verwaltungsarbeiten belastet, die ihnen weder von den Bundesanstalten noch über die amtlichen Gebühren abgegolten werden.

Zu den finanziellen Erläuterungen ist anzumerken, daß die Tierärztekosten bei Nach- und Wiederholungsuntersuchungen mit 4 Millionen Schilling in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes geschätzt werden. Gemäß § 26 Abs. 3 hat der Bund jedoch die Entgelte für die Vornahmen der periodischen Untersuchungen nach dem Grundsatz der Kostendeckung in einem Tarif im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen festzusetzen; da dies naturgemäß bisher nicht geschehen ist, fehlt hier wohl auch ein wesentlicher Parameter für die vorgenommene Kostenschätzung. Die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs ersucht jedenfalls schon jetzt, bei der Festlegung des Tarifs unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Kostendeckung miteingebunden zu werden und bietet dafür die in der Bundeskammer vorhandenen statistischen Unterlagen an.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Der Kammeramtsdirektor i.A.:



(Dr. Richard ELHENICKY)